



Tagungsdokumentation

Online Tagung

30.11.2023, 09.00–16.00 Uhr

Sehnsuchtsziel Deutschland

Erwartungen und Erfahrungen
bei Neuzuwanderung

Auftaktveranstaltung im EU-Projekt fokus^{plus}



Das Projekt wird kofinanziert aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU



Inhalt

Vorwort und Einführung	1
Vortrag: Zwischen Erwartungen und Realität: Was hören Migrant*innen im Ausland über Deutschland? Referent: Dr. Pau Palop-García, DeZIM-Institut, Berlin.....	3
Storyteller – Im Dialog: Meine Geschichte und Erfahrungen mit Deutschland. Storyteller berichten aus ihrer persönlichen Perspektive.	10
Vortrag: Welche Werte dürfen wir erwarten? Legitime und illegitime Ansprüche an Zugewanderte. Referent: Dr. Roger Fornoff, Universität zu Köln	16
Vortrag: Welche kulturellen Unterschiede Flüchtlinge wahrnehmen– und wie sie damit umgehen. Ergebnisse einer quantitativen Erhebung. Referent: Dr. Timo Tonassi, Georgetown University.....	22
Impressum	30

Vorwort und Einführung

Lange Zeit galt die Marke Deutschland „Made in Germany“ als Garant für Qualität und Stabilität. Nicht nur deutsche Produkte im Ausland, auch das Ausbildungssystem und der Arbeitsmarkt sowie solide soziale Sicherungssysteme verliehen Deutschland einen guten Ruf. Für viele Menschen wurde unser Land lange Zeit zum Sehnsuchtsziel, sei es, um einen sicheren Hafen vor Verfolgung zu finden oder Perspektiven für die Zukunft durch Arbeit in Deutschland zu erhalten. Angeworben wurden Menschen schon seit Ende der 50er Jahre des 20. Jh. und heute sieht ein neues Fachkräftezuwanderungsgesetz wieder vor, Menschen zum Zwecke der Arbeitsaufnahme nach Deutschland einzuladen. Viele bleiben, manche verlassen z.B. nach dem Studium das Land wieder. Die andere Seite der Medaille ist aber auch zunehmende Abschottung der europäischen Länder gegen die zumeist unfreiwillige Zuwanderung Geflüchteter mit restriktiver Asylgesetzgebung. Die gesellschaftliche Stimmung verändert sich und bewegt sich zwischen diesen beiden Polen.

Was bekommen Zuwanderungswillige davon im Ausland mit, wie ist ihr Bild von Deutschland 2024 in verschiedenen Ländern und Kulturräumen und welche Erwartungen haben sich erfüllt nach erfolgter Zuwanderung? Gibt es noch das Sehnsuchtsziel? Es macht ganz sicher einen Unterschied, ob die Einreise gut vorbereitet mit Zugang zu allen notwendigen Vorinformationen erfolgen kann oder schnell und gezwungenermaßen durch Flucht stattfindet. Hier sind die Informationsquellen oft andere wie das Internet oder Hörensagen: Unterwegs berichten Geflüchtete einander oft zur vermeintlichen oder realen Situation in Deutschland. Die Migrationsmotivation und die Vorstellungen zum künftigen Leben im Zielland sind ebenso divers. Auch die „Aufnahmegesellschaft“ hat Bilder im Kopf zu den neu Zugewanderten und formuliert Erwartungen an Verhalten und Integrationsbemühungen. Dabei spielen die viel zitierten europäischen Werte eine Rolle, die ja selbst bei der autochthonen Bevölkerung im Wandel sind. So wird die Beschäftigung mit den Zugewanderten auch zur Reflektion des eigenen Gesellschaftszustandes. Die Neuzugewanderten schließlich machen ihre Erfahrungen im Migrationsprozess. Haben sich diese erfüllt, war es leicht, sich in das neue System einzufügen und wo waren die größten Stolpersteine?

Neben Berichten aus der Wissenschaft fragen wir auf unser Auftakttagung zum Projekt fokus^{plus} auch Zugewanderte nach ihren Erfahrungen in Deutschland. Zugleich regen wir zur Reflektion an und vermitteln Praktiker*innen der Migrationsarbeit wertvolles Hintergrundwissen.

Bis 2026 können wir in unserem AMIF- geforderten Projekt fokus^{plus} weitere Fortbildungen und Tagungen zum Migrationsthema anbieten. Wir laden Sie herzlich zu Lektüre und Teilnahme ein.

Ihr IBB-Team

Vortrag: Zwischen Erwartungen und Realität: Was hören Migrant*innen im Ausland über Deutschland? Referent: Dr. Pau Palop-García, DeZIM-Institut, Berlin

Deutschland ist ein Sehnsuchtsziel für Migrantinnen und Migranten? Nicht unbedingt, berichtete Dr. Pau Palop-García Politikwissenschaftler und Migrationsforscher in seinem Vortrag. Spezialisiert hat er sich auf Migrationspolitiken und politische Repräsentation von Migrant*innen in transnationalen Räumen. Beim DeZIM-Institut forscht er zu den Auswirkungen von Migrationspolitiken auf die Chancen für Migrant*innen jenseits ihres Migrationsstatus.

Die Frage, was potenzielle Migrantinnen und Migranten im Ausland über Deutschland erfahren und was sie über Deutschland denken, ist nach Aussagen von Dr. Palop-García schwer zu beantworten. Denn es gibt dabei mehrere Herausforderungen. Zum einen gibt es nur wenige, systematisch erhobene Daten über Menschen, die (noch) nicht in Deutschland leben. Zudem wird in der empirischen Forschung nach den Motiven der Migration differenziert: So wird die Gruppe der Arbeitsmigrant*innen abgegrenzt von Menschen, die aus humanitären oder familiären Gründen migrieren. Vermutlich haben all diese Gruppen sehr verschiedene Erwartungen an Deutschland und verschiedene Vorstellungen, was sie hier erwartet.

Für seinen Vortrag hatte er sich auf ein Motiv konzentriert, das für Deutschland aktuell eine wichtige Rolle spielt: Die Arbeitsmigration. Deutschland möchte seinen Fachkräftemangel ausgleichen. Aus den aktuellen Daten der Arbeitsagentur ist bekannt, dass es im Jahr 2023 fast 800.000 offene Stellen gab, die nicht besetzt werden konnten. Vor diesem Hintergrund sagen Expert*innen, dass eine Fachkräftezuwanderung von über 400.000 Menschen pro Jahr in den nächsten zehn Jahren erforderlich ist. Und da man weiß, dass Migration nicht nur in eine Richtung verläuft, sondern dass Menschen auch auswandern oder zurückkehren in ihre Herkunftsländer, bedeutet dies: Vermutlich braucht es jährlich über eine Million Fachkräfte, die neu nach Deutschland kommen. Und dies betrifft alle Branchen und Wirtschaftssektoren: Deutschland braucht Akademiker*innen, Mediziner*innen, aber auch Fachkräfte im Handwerk, in der Kranken- und Altenpflege. Mittlerweile spüren alle Branchen den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften.

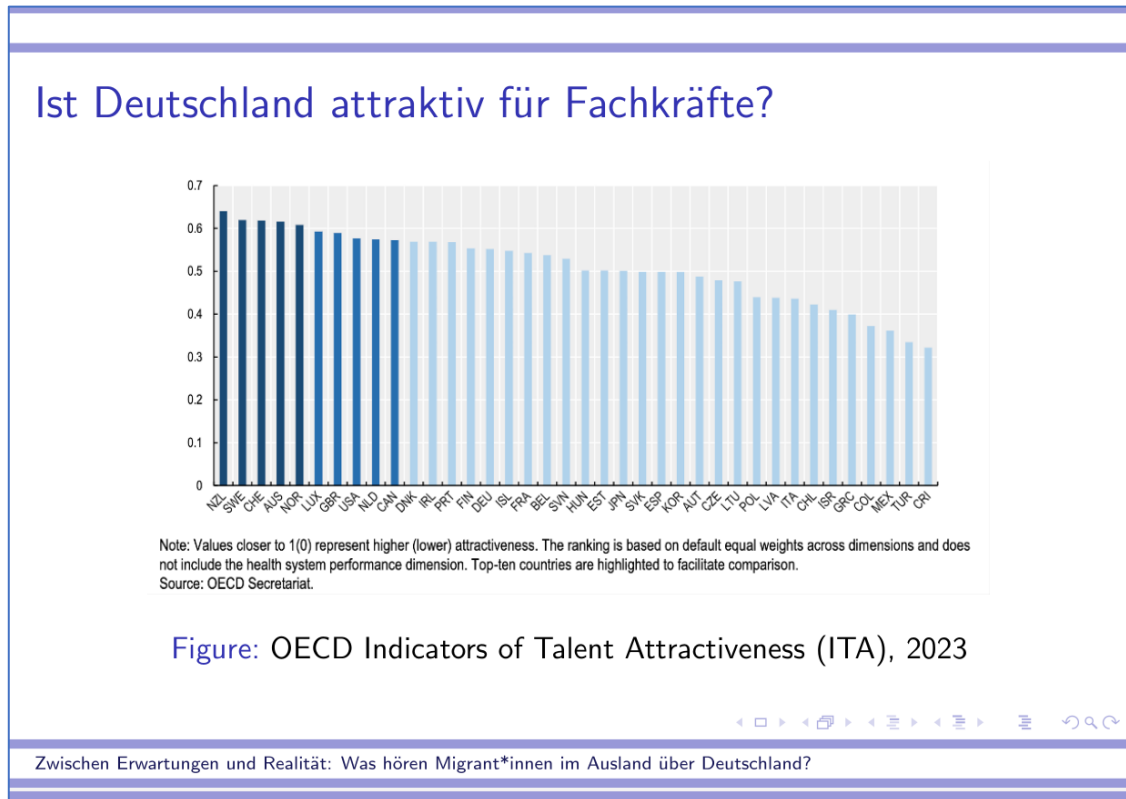
Schon in der Vergangenheit haben die Regierungen das Problem erkannt und Maßnahmen ergriffen, in dem sie zum Beispiel Gesetze erlassen haben. Ein erster Lösungsversuch der beispielhaft genannt wurde, war das Fachkräfteeinwanderungsgesetz¹, im März 2020 von der großen Koalition beschlossen – genau in dem Monat, als die Pandemie die internationale Mobilität massiv eingeschränkt hat. Nach drei Jahren wird nun deutlich: Das Gesetz hat die Erwartungen nicht erfüllt. Regulierungen wurden gelockert, neue Wege geschaffen, insbesondere auch um berufliche Qualifikationen leichter anerkennen zu können. Dennoch war der Effekt des Gesetzes recht limitiert.

Die neue Regierung hat daher im Juli 2023 weitere Maßnahmen zur Liberalisierung der Fachkräfteeinwanderung² beschlossen. Abschlüsse und Qualifikationen sollen einfacher anerkannt werden. Außerdem wurde mit der sogenannten Chancenkarte ein neuer Aufenthaltstitel erschaffen. Durch ein Punktesystem wird Interessierten aus Drittstaaten, die noch keinen Job (gefunden) haben, die Einreise zum Zweck der Arbeitssuche für bis zu zwölf Monate ermöglicht. Das Punktesystem ähnelt dabei denen aus Kanada und Australien. Dies ist alles noch restriktiv und klein gedacht, aber möglicherweise der Anfang von etwas, was Fachkräfteeinwanderung in Zukunft erleichtern wird. War das nun genug? Die Antwort lautet: Nein! Dazu gibt es Daten aus einer aktuellen Studie der OECD. An einer Auswanderung potentiell Interessierte wurden gefragt, wie attraktiv sie unterschiedliche Länder finden. Wie aus der nachfolgenden Grafik zu entnehmen ist, steht Deutschland ziemlich in der Mitte – und überhaupt nicht an einer der ersten Positionen. Für Menschen im Ausland ist Deutschland demnach gar nicht so attraktiv und sie würden die Bundesrepublik nicht als erste Option auswählen. Auch an einem Beispiel macht Dr. Galop-García Deutschlands Unbeliebtheit als Einwanderungsland zusätzlich deutlich: Ende 2022 hielt der Finanzminister Christian Lindner einen Vortrag an einer Universität in Ghana. Im Zuge dessen fragte er die Studierenden, ob sie eine Auswanderung nach Deutschland in Betracht ziehen würden, wenn sie zum Beispiel in der Industrie, in der Technologiebranche oder im öffentlichen Sektor arbeiten könnten. „Die Antworten der Studierenden waren regelrecht peinlich“, schilderte Dr. Galop- García. Denn

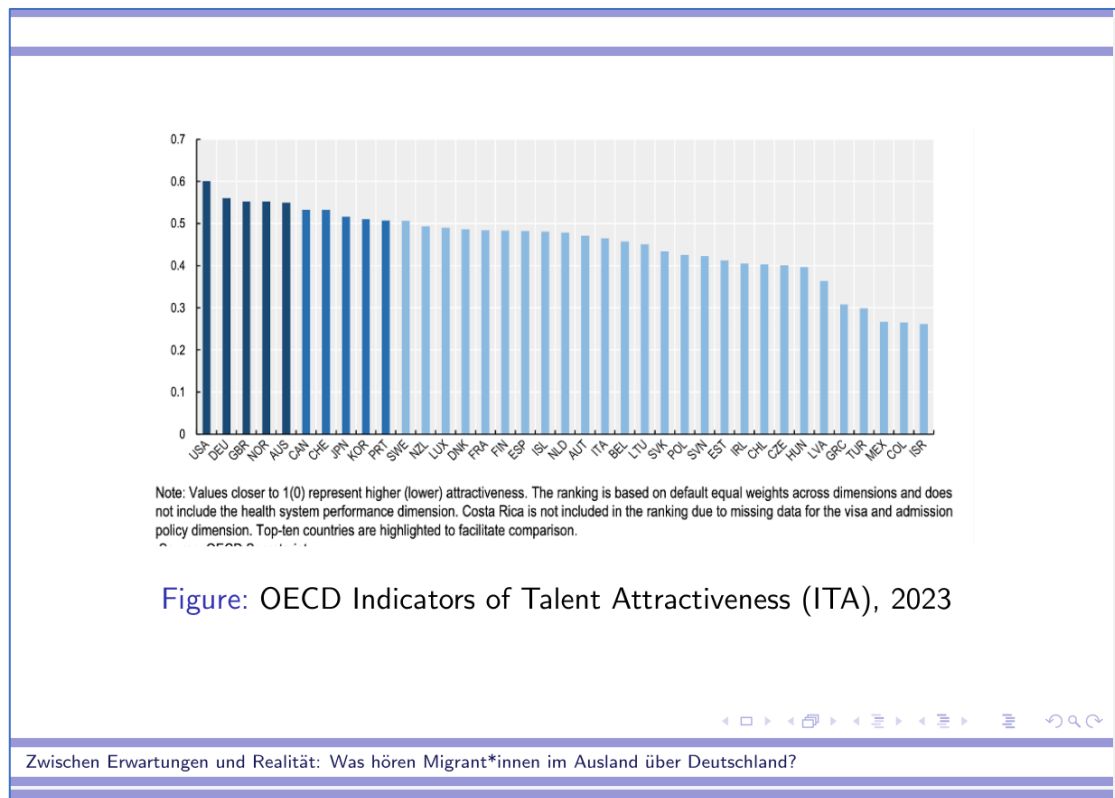
¹ <https://www.fachkraefteeinwanderungsgesetz.de/>

² https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2023/217/regelungstext.pdf?_blob=publicationFile&v=2 ,
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/fachkraefteeinwanderungsgesetz-2182168>

nur ein oder zwei Personen aus dem mehrere 100 Menschen umfassenden Auditorium hoben die Hand. Minister Lindner hatte mit diesem Ergebnis offenbar nicht gerechnet, er hatte angenommen, dass ein weit größerer Teil gern nach Deutschland migrieren möchte. Und diese Reaktion sei typisch: Deutschland ist nicht so attraktiv in der Welt, wie es manchmal aus der Innenperspektive vermutet wird.



Eine weitere Grafik aus der gleichen Studie zeigt, wie attraktiv andere Länder für Studierende sind. Bei dieser Frage liegt Deutschland tatsächlich an zweiter Position hinter den USA.



Hier zeigt sich ein großes Problem: Deutschland ist sehr wohl attraktiv für internationale Studierende, nicht aber für qualifizierte Fachkräfte. Junge Menschen, die für ein Studium ins Ausland gehen, werden überwiegend nach Abschluss des Studiums in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Nur ein kleiner Teil dürfte in Deutschland bleiben. Mit Blick auf die Ergebnisse der aktuellen Studie zeichnen sich somit drei Herausforderungen ab:

1. Menschen aus Drittstaaten müssen den Wunsch und das Ziel haben, nach Deutschland zu kommen.
2. Diese Menschen müssen auch in der Lage sein, nach Deutschland zu kommen.
3. Diese Menschen müssen den Wunsch haben, langfristig in Deutschland zu bleiben.

Die Forschung zeigt auch: In jedem Land gibt es nur einen gewissen Pool von Menschen mit dem Wunsch zu migrieren, deren Beweggründe sehr unterschiedlich ausfallen. Dieser Pool teilt sich in eine noch kleinere Teil-Gruppe an Menschen auf, die überhaupt die Möglichkeit besitzen zu migrieren. Dabei steht nicht nur die individuelle Möglichkeit zur Debatte, die sich auch auf die benötigten finanziellen Mittel zur Migration beziehen. Auch Restriktionen sowie Regulierungen des Ziellandes können ein Hindernis darstellen. Schließlich kehren einige derer, die es geschafft haben zu migrieren, dann wieder in ihr Herkunftsland zurück, sodass ein noch

kleinerer Teil langfristig migriert. Die Herausforderungen resultieren somit zunächst darin, diese Zielgruppe, die nach Deutschland will und kann, so groß wie möglich zu machen. Denn schließlich sollen Fachkräfte gewonnen werden, die kommen und auch bleiben wollen. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es verschiedene Strategien. Eine ist: Das Interesse an Deutschland wecken. Dazu gibt es aktuell die Kampagne und Website „Make it in Germany³“. Wenn Deutschland also qualifizierte Fachkräfte anwerben möchte, muss Deutschland noch viel mehr Anstrengungen unternehmen. Dies sei eines der größten Probleme: Es ist vielen nicht bewusst, dass aktives Handeln nötig ist, um eine Zuwanderung von höher qualifizierten Fachkräften zu erreichen.

Aus Sicht der möglichen Zuwandernden stellt sich Migration anders dar. Für sie ist eine wichtige Frage, wie die Situation in ihrem Herkunftsland ist, wie ihre familiäre Situation ist und welche Netzwerke möglicherweise in dem einen oder anderen Zielland vorhanden sind. Auf diese Faktoren haben Zielländer vergleichsweise wenig Einfluss. Auf den ersten Blick sieht es daher so aus, als gäbe es relativ wenig, was Zielländer wie Deutschland unternehmen können. Aus der wissenschaftlichen Forschung lässt sich bisher entnehmen, dass sich die Außenwahrnehmung der Zielländer vor allem durch zwei Schwerpunkte beeinflussen lässt: Denn potentielle Zuwander*innen legen viel Wert auf die Fragen:

- Wie einfach ist es, eine gute Arbeit zu finden?
- Werde ich sicher leben können und vor Diskriminierung geschützt?

Auch aus einer weiteren interessanten Studie der OECD, die sehr aktiv auf diesem Gebiet ist, lassen sich weitere Ergebnisse ableiten. In einer digitalen Befragung wurden auf dem Online-Portal „Make it in Germany“ Fachkräfte befragt, die noch im Ausland sind und sich offenbar für eine Arbeitsmigration interessieren. Was ist das Profil dieser Menschen? 70 Prozent waren Männer, mehr als 70 Prozent waren 35 Jahre alt oder älter, 46 Prozent waren alleinstehend und unter den anderen wollten 81 Prozent ihre Familien mitbringen. Indien war das Hauptherkunftsland gefolgt von Kolumbien, der Türkei, den Philippinen, Algerien, Mexiko und weiteren Ländern. Bei der Frage nach dem höchsten Bildungsabschluss stellte sich heraus, dass fast die Hälfte einen Bachelor, also einen Universitätsabschluss vorweisen kann. 20

³ <https://www.make-it-in-germany.com/de/>

Prozent hatten einen Master- oder PHD-Titel (Dokortitel). Befragt nach dem Land ihrer Träume antworteten fast alle, dass ein gutes Bildungssystem eine wichtige Rolle spielt. Diese Menschen haben selbst bereits eine höhere Ausbildung und denken offenbar schon an ihre Kinder. Ebenfalls fast 100 Prozent halten ein gutes Gesundheits- und Sozialsystem für wichtig oder sehr wichtig. Und als drittwichtigster Punkt folgte: eine positive Haltung gegenüber Zuwandernden. Schutz vor Diskriminierung zeichnet sich somit auch in dieser Befragung als wichtige Bedingung ab. Hohe Gehälter dagegen sind vielen wichtig, aber nicht super-wichtig und das ist eine gute Nachricht für Deutschland. Die Interessierten schätzen also offenbar eine gute Infrastruktur mehr als ein hohes Gehalt. Auf die Frage, warum sie sich für Deutschland interessieren, antworteten über 70 Prozent, dass sie gute Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten erwarten, eine hohe Lebensqualität und ein sicheres Umfeld. Viele bestätigten zudem, dass sie die deutsche Kultur schätzen.

Gefragt wurde aber auch, was die größten Hürden für eine Zuwanderung nach Deutschland sind. Viele antworteten, dass es keine Stellenangebote für sie gibt. Dies bleibt also ein Problem für viele Menschen. Daran anknüpfend werden unzureichenden finanziellen Mittel genannt, die für eine Migration benötigt werden. Fehlende deutsche Sprachkenntnisse wurden an vierter Stelle genannt. Und als weiteres großes Problem benannten die Befragten die lange Wartezeit auf ein Visum. Die Bürokratie ist tatsächlich eine der größten Hürden, die Migrantinnen und Migranten erleben.



„Die Situation, die die Ausländerbehörden beschreiben, ist katastrophal“, schilderte Dr. Galop- García. „Erst gestern war ich in einem Gespräch mit einer Ausländerbehörde. Einen Termin für einen Visumsantrag gibt es erst in 15 Monaten! Und da geht es nicht um das Visum, sondern nur um den Termin, um den Antrag zu stellen.“ Der Hinweis, dass es um Arbeitsmigration geht, helfe da auch nicht weiter. Niemand könne so lange darauf warten, dass er vielleicht ein Visum bekommt. Das sei dysfunktional und ein Problem, das viele Menschen haben: Obwohl sie gern nach Deutschland kommen möchten und vielleicht sogar ein Stellenangebot und schon deutsche Sprachkenntnisse haben - sie können einfach nicht nach Deutschland einreisen, weil sie keinen Termin bekommen. Auch gäbe es Migrant*innen, die mit einem Arbeitssuche-Visum eingereist seien und einen Job gefunden haben. Diese müssen nun jedoch einen anderen Aufenthaltstitel beantragen, was wiederum einen Termin verlangt, auf den sie bis zu 13 Monate warten. Das bedeutet: Sie können Deutschland nicht verlassen, weil ihre Wieder-Einreise sonst nicht mehr möglich ist. Sie sind also in einer Zwischensituation, in der sie zum Beispiel ihre Familie in der Heimat nicht besuchen können, weil sie nicht wissen, ob sie wieder einreisen können. Laut Dr. Palop-García mache das etwas mit den Menschen. Sie fragen sich, ob sie in Deutschland bleiben wollen, wenn Deutschland seine eigenen Aufgaben nicht erfüllen kann.

Storyteller – Im Dialog: Meine Geschichte und Erfahrungen mit Deutschland. Storyteller berichten aus ihrer persönlichen Perspektive

Drei Storyteller aus Aserbaidschan, Syrien und Brasilien berichteten im zweiten Panel in einem Interview, warum sie nach Deutschland migriert sind, wie sie ihre beruflichen Qualifikationen einbringen konnten und welche Herausforderungen sie meistern mussten.

Die größten Hürden sind die deutsche Sprache und die Bürokratie

Vladimir G. ist 2013 aus Brasilien für sein Studium nach Deutschland gekommen. Der Elektroniker hatte Physik studiert und seinen Master in Maschinenbau gemacht. „Das war eine großartige Zeit, die Leute, die Kultur“, schwärmte er. Zurück in Brasilien stand schnell für ihn fest: „Ich möchte in Deutschland leben.“ Zudem sei In Brasilien Forschung nicht als reguläre Arbeit anerkannt. Auch seine Frau, die er in Brasilien kennengelernt hatte und die gerade an ihrem Dokortitel in Biologie arbeitet, konnte er für Deutschland begeistern. Seit 2022 lebt und arbeitet er in Thüringen – und lernte damit auch unterschiedliche Mentalitäten in West- und Ostdeutschland kennen.

Omar M. ist vor 2016 aus Syrien geflüchtet, wo er Betriebswirtschaft studiert hatte. Sechs Monate hatte er zunächst in der Türkei gelebt. Doch dort gab es für ihn weder einen Aufenthaltstitel noch eine Perspektive. Zusammen mit zwei Freunden machte er sich auf den Weg nach Europa, gab sein ganzes Geld für die Flucht aus. Heute arbeitet er als Veranstaltungskaufmann in Nordrhein-Westfalen.

Schon vor 22 Jahren ist Nigar A. aus Aserbaidschan nach Deutschland gekommen. Den Impuls hatten die Eltern gegeben, die an einem Programm für Hochqualifizierte teilnahmen. Ihre Ausbildung als Lehrerin für Kunst und Pädagogik wurde nicht anerkannt. Sie musste ganz von vorn anfangen, studierte Sozialarbeit und arbeitet heute in einer Nichtregierungsorganisation in Nordrhein-Westfalen.

Frage: Was hat Sie bewegt, nach Deutschland zu kommen und wie waren Ihre Erfahrungen?

Vladimir G.: Ich kannte Deutschland ja vom Studium und war ganz begeistert. In Brasilien ist wissenschaftliche Arbeit kein Beruf. Wenn du Arzt bist, ist es okay. Aber als Doktor der Physik...? Und: Sicherheit ist ein wichtiges Thema. In Brasilien kann man nicht auf offener Straße ein Handy benutzen. Es kann sein, dass eine Person kommt und das Handy stiehlt. Das

bringt viel Stress mit sich. Das liegt auch daran, dass in Brasilien viele Menschen sehr arm sind. Hier gibt es wirtschaftliche Stabilität, hier sehe ich eine Zukunft für meine Kinder. Sie können später einmal studieren und frei ihren Beruf wählen.

Omar M.: In Syrien haben die Menschen ein sehr positives Bild von Deutschland: Die besten Maschinen, die besten Autos, die besten elektronischen Geräte und so weiter. Wir hatten in der Türkei keine Perspektive, deshalb wollten wir nach Deutschland oder Großbritannien, wo es vermutlich mit der Sprache einfacher sein würde, weil wir englisch sprechen. Ich habe mir null Gedanken gemacht über die Gesellschaft oder Rassismus und ich habe mir null Gedanken gemacht über Bürokratie. Ich dachte, ich kann sofort arbeiten. Aber als ich dann hier ankam, hieß es immer nur: Dies kannst du nicht, darauf musst du warten. Alles hat lange gedauert. Ich habe dann schon im Flüchtlingsheim angefangen Deutsch zu lernen, um die Zeit zu nutzen.

Nigar A.: In Baku gab es damals nur wenige konkrete Informationen über Deutschland, aber insgesamt ein positives Bild: Ein gutes Gesundheits- und Bildungssystem, geregelte Arbeitnehmer-Rechte, Demokratie, Gleichbehandlung und keine Korruption wie in vielen anderen Ländern. Diese Informationen hatten wir von Bekannten gehört. Aber Deutschland war damals kein Einwanderungsland. Es war für uns ein kompliziertes Verfahren.

Wie haben Sie sich über Deutschland informiert? Wo haben Sie Informationen gefunden?

Nigar A.: Wir hatten Informationen durch Ärzte, die zu einem Symposium nach Deutschland eingeladen waren und durch einige Familien, die in Deutschland studiert und über ihre Erfahrungen berichtet haben. Die „Make-it-in-Germany-Kampagne“ gab es damals noch nicht.

Omar M.: In Syrien hatten wir nicht so viele Informationen über Deutschland, was wir brauchen würden und was uns erwartet. Ich hatte etwas im Internet recherchiert auf Englisch und Arabisch, aber heute weiß ich auch: Digitale Informationen auf Englisch und Deutsch sind immer besser als auf Arabisch, egal für welches Thema.

Vladimir G.: Das Programm „Make it in Germany“ war für mich die wichtigste Informationsquelle. Ich habe dies auch an meine Frau gegeben, die zurzeit ihre Doktorarbeit schreibt.

Welche Hemmnisse und Hürden gab es im Integrationsprozess?

Vladimir G.: Ich habe mich über das Programm „Hand in Hand for International Talents“ beworben, 2021 den Visumsantrag gestellt und dann auch schon an einem Sprachkurs teilgenommen. Das ganze Verfahren hat dann aber doch etwa ein Jahr gedauert und am Ende hatte ich eine gut 300 Seiten dicke Akte. Schließlich habe ich meine Arbeit gekündigt und das Flugticket gekauft, aber das Visum kam nicht! Den ersten Flug habe ich dadurch verpasst. Es hieß, in der Ausländerbehörde hätte ein Mitarbeiter vergessen, das Ticket abzuschicken. Dank der Unterstützung eines Projektmitarbeiters klappte der Umzug schließlich.

Omar M.: Wir sind mit großem Elan in Deutschland angekommen und dann war ich eineinhalb Jahre im Flüchtlingsheim. Dort habe ich Deutsch gelernt und versucht, mich ehrenamtlich zu engagieren. Die Anerkennung meines Hochschulabschlusses in BWL dauert drei Jahre, hieß es. Nachdem ich schon ein Jahr gewartet hatte, habe ich eine Ausbildung zum Veranstaltungskaufmann angefangen. Als ich meine Ausbildung gerade fertig hatte, wurde auch mein Studium anerkannt. Ich hatte das Glück, dass ich an einer staatlichen Hochschule in Syrien studiert habe. Deshalb konnte der Abschluss anerkannt werden. Aber wenn ich mich heute irgendwo bewerbe, heißt es immer nur: „Oh, Sie haben eine Ausbildung in Deutschland gemacht! Sehr gut.“

Nigar A.: In Baku hatte ich auf Lehramt studiert und Schülerinnen und Schüler aller Klassen in Kunst und Pädagogik unterrichtet und sogar eine Klasse in der Oberstufe geleitet. Doch mein Studium wurde in Deutschland nicht anerkannt. Ich musste ganz bei null anfangen, habe mein Abitur gemacht und dann Soziale Arbeit studiert.

Was waren Hürden im Integrationsprozess und was waren positive Momente?

Nigar A.: Eine Hürde waren meine fehlenden Sprachkenntnisse. Dadurch hatte ich anfangs kaum soziale Kontakte und war isoliert. Das war ein Akkulturationschock. Der größte Schock war, dass mein ausländisches Zeugnis nicht anerkannt wurde. Ich musste ganz bei null anfangen, trotz meiner Berufserfahrung und meiner vielen Ressourcen wie zum Beispiel meiner Sprachkenntnisse.

Eine Diskriminierungserfahrung hatte ich auch: Eine Dozentin im Weiterbildungskolleg hat uns ausländischen Schülern gesagt, wir würden es „nie im Leben“ schaffen, das Abitur zu machen. Wir sollten unsere Zeit nicht verschwenden, sondern lieber eine Ausbildung machen. Ein Teil

meiner Mitschüler hat sich danach gegen das Abitur entschieden und die Schule einfach verlassen. Ich habe studiert.

Vladimir G.: Diskriminierungserfahrungen habe ich eigentlich nicht. Ich bin männlich, weiß, katholisch. Ich merke allerdings, dass die deutsche Sprache sehr wichtig ist. Andere Zugewanderte aus Brasilien sprechen nicht unbedingt gut Deutsch und mit Englisch kommt man hier nicht wirklich gut zurecht. Wir sind im Kulturintegrationskurs in Brasilien darauf vorbereitet worden, dass hier einiges anders ist als in Brasilien, aber es hieß: In Brasilien gibt es die Kultur A, in Deutschland B und wir machen eine Kultur C daraus. Man muss nicht alles einfach absorbieren. Ich bin jetzt Mitglied in einem Sportverein und da ist nicht nur das Training wichtig, sondern auch das Mannschaftsgefühl.

Omar M.: Nachdem mein Studium jetzt mit dem Abschluss Bachelor anerkannt ist, durfte ich jetzt in Deutschland meinen Master machen. Ich habe das einen Moment überlegt, aber ich bin ja beruflich sehr eingebunden und habe wenig Zeit. Positiv ist, dass wir Ehrenamtler uns manchmal treffen und zusammen kochen.

Haben Sie Unterschiede wahrgenommen im Lebensstil, in den Werten, in der Kultur?

Vladimir G.: Ich habe im Kulturintegrationskurs gelernt, dass es in Deutschland eine strengere Trennung zwischen Beruf und Privatleben gibt. In Brasilien hat man eine engere Beziehung zu seinen Arbeitskollegen, ganz gleich, ob man sie mag oder nicht, man verbringt auch nach der Arbeit Zeit miteinander. In Deutschland, so haben wir gelernt, muss man einen Termin machen, um Spaß zu haben. Wenn man zusammen ins Kino gehen will, dann sagt man: Also, wir treffen uns in zwei Wochen. Aber es ist auch nicht alles schwarz-weiß: 2022 besuchte mich mein Geschäftsführer in meiner Wohnung und fragte mich, ob ich ganz spontan Lust hätte, mit ihm ein Bier trinken zu gehen. Ich weiß nicht: Ist das vielleicht in Ostdeutschland anders?

Omar M.: Ein Unterschied ist unsere Gastfreundschaft: In Syrien ist es sehr wichtig, jemanden nach Hause einzuladen, zusammen zu essen und zu trinken. Hier ist das komplett anders. Und man lächelt nicht einfach einen Fremden an. Die Menschen hier sehen auf der Straße gar nicht nach links und nach rechts und achten gar nicht auf andere. Und die Menschen sind sehr direkt. Das finde ich ganz gut. Wenn es ein Problem gibt, wird offen und direkt darüber gesprochen. Ein Schockmoment für mich war, dass man Menschen nicht helfen soll. In Syrien

ist das selbstverständlich. Hier gibt es ein Gesetz für alles. Aber wenn wir nur nach Gesetzen leben, sind wir Maschinen und nicht Menschen.

Nigar A.: Ja, es gibt ein Gesetz für alles, aber es gibt auch kein Gesetz, dass man nicht helfen soll! Man kann ja immer seine Hilfe anbieten, und wenn dann jemand sagt: „Nein, danke“, dann kann man weitergehen.

Ich mag Ordnung und Organisation, Strukturiertheit, Pünktlichkeit und dass Regeln eingehalten werden. Das alles passt zu meiner Persönlichkeit. Was mir Schwierigkeiten bereitet, ist respektloses Verhalten gegenüber Lehrern, Frechheit und der Umgang mit älteren Menschen. In Baku habe ich gelernt, eher in „Wir“-Begriffen zu denken. Und was mir bis heute schwerfällt, ist das Duzen von Lehrern und Dozenten.

Vladimir G.: Ich finde, es gab nicht die eine große Herausforderung, aber es sind schon mehrere kleine. Ich lerne jeden Tag etwas Neues. Große Fenster mit Doppelglas kannte ich zum Beispiel gar nicht. So etwas brauchen wir nicht in Brasilien.

Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt? Und würden Sie noch einmal Deutschland als Zielland wählen?

Nigar A.: Meine Erwartungen haben sich erfüllt, obwohl ich zur Neuorientierung gezwungen war. Es hat länger als erwartet gedauert, bis ich einen Zugang zum Studium erhalten habe. Seit 2012 ist die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht. Aber da war ich schon fertig.

Ich habe mir ein sehr interessantes Berufsfeld ausgewählt und kann in der Beratungsstelle Menschen mit Behinderung und Migrationsgeschichte helfen und das Leben erleichtern. Außerdem habe ich Familie und hoffe, dass meine drei Kinder auch eine gute Bildung erhalten werden.

Omar M.: Ich hatte nicht so viele Optionen. Jetzt kenne ich Deutschland gut, die anderen Länder nicht. Deshalb ist es schwierig, diese Frage zu beantworten. Aber ja, ich würde noch einmal nach Deutschland kommen.

Was sind Ihre Wünsche an die Aufnahmegesellschaft?

Omar M.: Ich würde mir wünschen, dass die Zugewanderten nicht so unter Druck gesetzt werden mit befristeten Aufenthaltstiteln und dass insgesamt die Bürokratie abgebaut wird. Menschen, die nach uns angekommen sind, haben für längere Zeiträume Aufenthaltstitel

erhalten. Das macht Vieles leichter! Wenn man immer nur für sechs oder sieben Monate einen Aufenthaltstitel erhält, ist es einfach schwieriger, wenn man ein Bankkonto eröffnen, eine Versicherung abschließen, Auto fahren oder einen Job suchen möchte. Bei den ukrainischen Flüchtlingen läuft dies besser. Dies würde ich allen Zuwanderern wünschen.

Nigar A.: Deutschland hat meines Erachtens aus Fehlern gelernt. Es wurde schon Vieles optimiert und reformiert. Eine Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von allen geflüchteten Menschen wäre gut. Sehr gut finde ich, dass Sprachkurse seit ein paar Jahren Pflicht sind. Sie könnten allerdings noch etwas stärker auf die Umgangssprache und Redewendungen eingehen.

Vladimir G.: Die Bürokratie zu vermindern wäre eine gute Idee. Denn das sind die größten Herausforderungen für Fachkräfte aus dem Ausland: Die Sprache und die Bürokratie!

Vortrag: Welche Werte dürfen wir erwarten? Legitime und illegitime Ansprüche an Zugewanderte. Referent: Dr. Roger Fornoff, Universität zu Köln

Dr. Roger Fornoff leitet den Lehrbereich Deutsch als Fremdsprache an der Universität zu Köln. Zu seinen Arbeits- und Forschungsgebieten gehören u.a. Werte- und Demokratiepädagogik, Inter- und Transkulturalität sowie Fachsprachenforschung und -vermittlung im Kontext von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Migrationspädagogik. Er beschäftigt sich außerdem mit migrationsbezogener Werteentwicklung und Kulturvermittlung. Dr. Roger Fornoff sensibilisierte in seinem Vortrag für ein Anerkennen der Diversität bei Zuwandernden wie auch in der Aufnahmegesellschaft. Alle Akteure in der interkulturellen Kommunikation sollten sich darüber bewusst sein, dass sie auf Stereotypen zurückgreifen. Die häufig geforderte Wertevermittlung stoße in Integrationskurse schnell an Grenzen. Grundwerte könnten allerdings durch Vorleben vermittelt werden.

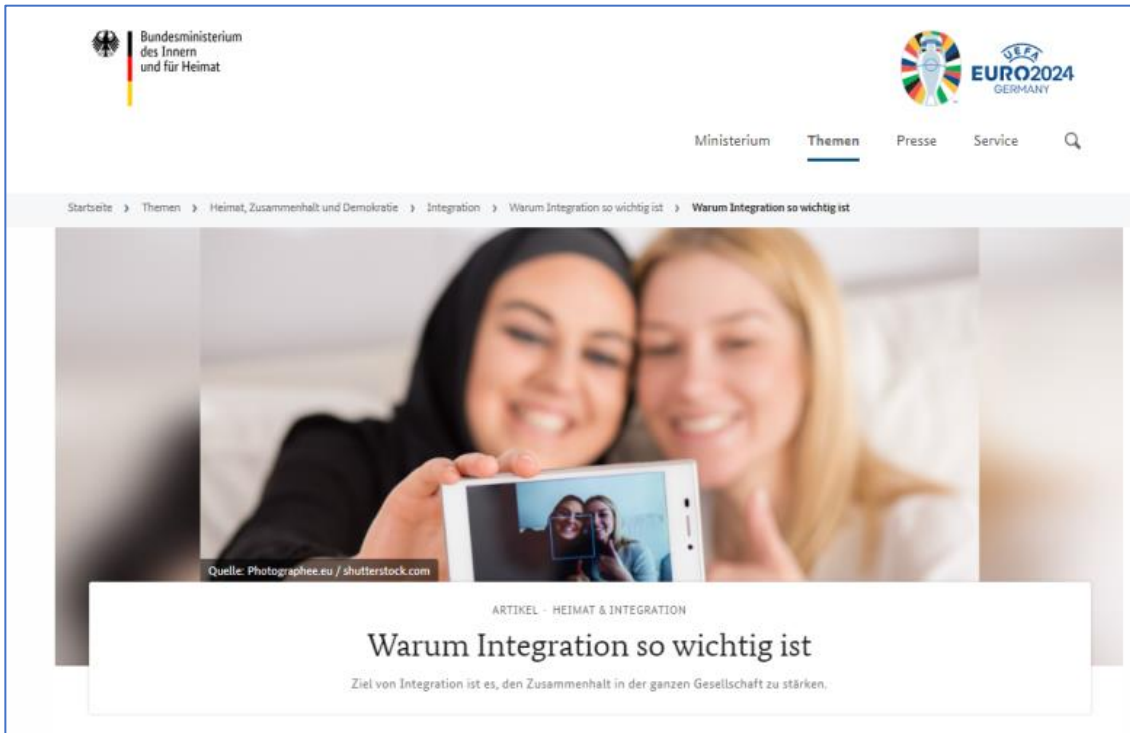
Dr. Roger Fornoff eröffnete seinen Vortrag mit einem Zitat aus dem Buch „Heimat Babylon“⁴, 1993 veröffentlicht von Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid: „Die multikulturelle Gesellschaft bringt Probleme zuhauf und sie stellt die Fähigkeiten der Institutionen wie der Einzelnen das vorerst Disparate zusammenzuführen auf keine leichte Probe.“ Die Beschreibung des „vorerst“ Disparaten liefere einen Hinweis auf die Hoffnung, dass etwas zusammengeführt und in gewisser Weise kompatibel gemacht werden könne. Dies führe zu der Frage:

Was ist überhaupt Integration?

Integration ist eine Staatsaufgabe, die vom Bundesministerium des Innern und für Heimat wahrgenommen werden soll. „Ziel der Integration ist es, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu stärken“, heißt es auf der Website des Ministeriums⁵. Integration diene also dem Zusammenhalt, weil es offenbar auseinanderstrebende Kräfte gebe. Einen wichtigen Hinweis liefere auch der vierte Absatz: „Gelungene Integration bedeutet, sich einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen“. Bei der Integration und als auch bei Werten gehe es also offenbar sehr stark um das Fühlen, also um emotionale Aspekte. Darüber hinaus sei

⁴ <https://www.fachportal-paedagogik.de/literatur/vollanzeige.html?FId=2245553>

⁵ <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/integration/integration-bedeutung/integration-bedeutung.html>



Integration mithin ein wechselseitiger Prozess zwischen Aufnahmegesellschaft und Zuwandernden. John W. Berry⁶, einer der weltweit führenden Migrationsforscher aus Kanada, definiert vier Akkulturationsstrategien: Integration und Assimilation, Segregation und Marginalisierung. Die ideale Vorstellung von Integration definiere sich jedoch dadurch, dass die Ursprungskultur der zugewanderten Personen beibehalten und zugleich ein reger Kontakt und Austausch zur Mehrheitskultur gepflegt wird. Dies bedeutet dann keine Assimilation und auch keine Marginalisierung oder Segregation. Die Kultur der Zugewanderten soll als wertvoll erachtet und ihre kulturelle Identität eingebracht werden, es soll zu einem Neben- und Miteinander der verschiedenen ethnischen Gruppen kommen. Nach der Definition des deutschen Soziologen Hartmut Esser⁷ gibt es wiederum vier Dimensionen der Integration: Die kulturelle, strukturelle, soziale und die identifikatorische Integration im Sinne eines persönlichen Zugehörigkeitsgefühls zur Gesellschaft. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl basiert auf einem gemeinsamen Wertehorizont. Demnach sei es nicht möglich sich zugehörig zu fühlen, wenn die Werte der Ziel-Gesellschaft abgelehnt werden. Mit Esser wird somit auch das Gefühl der Zugehörigkeit in den Vordergrund gerückt. In der Migrationspädagogik wird hingegen auf einer kritisch-theoretischen Ebene mit dem Begriff der Integration umgegangen. Die Bildung einer Migrationsgesellschaft wird dabei macht- und differenztheoretisch

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/John_W._Berry

⁷ Hartmut Esser: Integration und ethnische Konflikte, in Migrantinnen und Medien, 2000.

reflektiert. Dabei wird sich auf zentrale Konzepte von Identitätspolitik und Diskurs- sowie Machttheorien nach Michel Foucault bezogen, als auch auf critical race theory, Intersektionalität, Postkolonialismus und Gender. Darüber hinaus steht struktureller Rassismus als ein Phänomen im Fokus, das gesamtgesellschaftlich existiert. Dieses impliziert die gruppenbezogene Benachteiligung und Diskriminierung von Menschen durch vornehmlich äußerliche Attribute. Entsprechend besteht ein rassistisches Klassifikationssystem, das zwischen eigen und fremd unterscheidet und sich insbesondere auf körperliche Merkmale bezieht, die als Bedeutungsträger fungieren - also Hautfarbe, Haarfarbe, vielleicht auch die Herkunftsländer, weil es implizit auch eine Hierarchisierung von Kulturen gibt.

Die Migrationspädagogik sieht Integration somit als eine Praktik von Exklusion und Inklusion. Das Integrations-Dispositiv erzeugt eine Fokussierung auf Nation und Nationalstaatlichkeit. Dadurch entsteht die Vorstellung eines guten nationalen „Wir’s“ in Abgrenzung zu „den Anderen“. Das Sprechen über Integration ist in den Augen der Migrationspädagogik eine Form der Selbstkonstruktion, eines „Selfing.“ Die Vorstellung basiert darauf: Integration erzeugt erst das Andere oder Fremde und somit werden die Zugewanderten zu den Anderen gemacht. Dies könne man für eine etwas einseitige Perspektive halten, sie sei aber produktiv, schilderte Dr. Fornoff. Migration gilt dementsprechend als Abweichung von der Norm und muss von der Integrationspolitik „geregelt“ werden. Diese kulturelle Andersheit werde häufig als bedrohlich und defizitär konstruiert, kriminalisiert und pathologisiert. Es entstehe dadurch ein Unterordnungsverhältnis zwischen einer deutschen Leitkultur und den anderen woraus sich die Notwendigkeit einer Werteerziehung und Demokratieförderung. Mit der Kritik an einer solchen Spaltung zwischen „Wir“ und „die Anderen“ wird Integration von Seiten der Migrationspädagogik als unangemessen erachtet. Denn moderne Gesellschaften sind in den Augen der Migrationspädagogik keine geschlossenen widerspruchsfreien Ordnungen mit klar definierten Werten und Normen, vielmehr seien sie plural und polykontextuell. Menschen könnten deshalb immer nur in Teilbereichen integriert sein.

Die Erwartungen an und Einstellungen zu Integration lassen sich weitergehend auch an zwei Modellen erörtern. Diese verbergen sich häufig auch in politischen oder institutionellen Statements und sind dabei nicht immer eindeutig zu identifizieren:

1. Partikularismus.

Der Partikularismus ist stark verbunden mit dem Begriff der Leitkultur. In diesem Denkansatz wird der Unterschied von Wertvorstellungen betont. Die Existenz einer nationalen, europäischen oder westlichen Leitkultur, die sich von anderen Ländern unterscheidet, wird vorausgesetzt. Entsprechend wird auf das Recht bestanden, sich als kulturelle Gemeinschaft von anderen abzugrenzen und der Ausschluss als Akt der Selbstbestimmung betont. Von Zugewanderten wird somit verlangt, zentrale Werte der Aufnahmekultur zu übernehmen. So hatte der deutsche Politologe Herfried Münkler⁸ 2016 im Zuge der Massenaufnahme von Zugewanderten gefordert, man müsse aus den Geflüchteten „Deutsche“ machen. Für die Partikularist*innen ist eine gemeinsame Basis eine notwendige Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es sind die Werte des Grundgesetzes, wobei das Grundgesetz nicht als Rechtsordnung verstanden wird, sondern als Liste normativer Prinzipien, die ihre Ursprünge in einem spezifischen deutschen und europäischen Identitätsbewusstsein, christlichen Quellen, der Aufklärung und der nationalen Geschichte haben. Eine affektive Bindung an diese Wertorientierungen wird bejaht, ein Zugehörigkeitsgefühl wird gefordert und eine relative Homogenität wird unterstellt.

Die, die nicht dazugehören, müssen etwas tun, damit sie dazugehören dürfen.

2. Universalismus.

Der Universalismus ist stärker verknüpft mit dem Multikulturalismus. Differenzen werden nicht geleugnet, aber sie gelten als normal, sie gehören zu pluralen Gesellschaften dazu. Nicht der Begriff der Kultur, sondern die Rechtsordnung ist prioritär. Integration wird hier als eine Aufnahme in die Rechtsgemeinschaft gesehen.

Drei Aspekte gehören dazu:

- Der Erwerb der deutschen Sprache,
- die Fähigkeit gesellschaftliche Fragen, die rechtlich bestimmt werden sollen, wahrzunehmen und zu beurteilen, und
- das Befolgen der herrschenden Gesetze.

⁸ Herfried Münkler, Marina Münkler: „Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft“, Rowohlt Berlin, 2016

Alle weiteren Integrationsmaßnahmen und -forderungen werden von strikten Universalisten abgelehnt.

In der Auseinandersetzung mit Integration und Werteerziehung bilden Partikularismus und Universalismus die Extrempositionen. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Werte für eine demokratische Gesellschaft zentral sind. Universalismus akzeptiere auch tief unterschiedliche Vorstellungen: ein antidemokratisches, antisemitisches, antiislamisches Denken werde akzeptiert - solange es nicht mit der Rechtsordnung in Konflikt gerät. Partikularismus dagegen kritisiere das, was daraus entstehen kann: Parallelgesellschaften, frauenfeindliche Praktiken, Strukturen, die vom Rechtssystem gar nicht erfasst werden können. Es gebe aber eine Schnittmenge: Beide Positionen akzeptieren Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und auch die demokratischen Grundwerte des Grundgesetzes als normative Basis. Die Menschenwürde, die individuelle Freiheit, rechtliche Gleichheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Neutralitätsgebot des Staates, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit und die demokratische Organisation des Staates.

Vor diesem Hintergrund sei die geforderte Wertevermittlung im Kontext von Integrations- und Orientierungskursen zu sehen. In den Lehrplänen der Orientierungskurse stehe zwar:

dass das Ziel sei, Verständnis für das deutsche Staatswesen zu wecken und eine positive Bewertung des deutschen Staates zu entwickeln. Diese Kurse könnten aber keine „Umerziehung“ erreichen - schon gar nicht bei gestandenen Erwachsenen. Kulturbezogenes Lernen bedeute, dass man mit vertrauten und unvertrauten Deutungsmustern in Kontakt kommt, die man annehmen oder ablehnen kann. Die Vorstellung einer „Umerziehung“ sei paradox. Darüber hinaus sei schließlich auch die vielzitierte Leitkultur einem ständigen Wandel unterzogen wie zum Beispiel an der Weiterentwicklung der Sprache zu sehen sei. Ähnlich verhalte es sich mit der Annahme, dass die Zugewanderten jeweils eine bestimmte Kultur repräsentieren. „Auch in den Herkunftsländern wandeln sich Vorstellungen“, so Dr. Fornoff. Er plädiert dafür, dass sich alle Akteure in der interkulturellen Kommunikation bewusst machen, dass sie sich gewisser Stereotypen bedienen.

Diskussion über die Frage: Können wir überhaupt etwas erwarten?

In der anschließenden Diskussion kam die Frage auf, inwieweit also vor diesem Hintergrund jugendliche und erwachsene Zugewanderte überhaupt beeinflusst werden können.

Dr. Fornoff räumte ein, dass erlernte Werte und Orientierungen bei einem gefestigten Erwachsenen nicht einfach zu ändern seien. Als Beispiel nannte er Einstellungen gegenüber Homosexualität. Es gebe aber dennoch Möglichkeiten Werte zu vermitteln, indem beispielsweise Lehrpersonen als Vorbilder fungieren und sich als Mikromodell von Deutschland verstehen. Demokratische Entscheidungsspielräume sollten entsprechend nicht nur theoretisch vermittelt, sondern auch vorgelebt werden.

Von Teilnehmenden wurde bezüglich der Fragestellung berichtet, dass gerade von Zugewanderten aus nichtdemokratischen Herkunftsländern rückgemeldet werde, dass sie zum Beispiel das deutsche Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit sehr schätzen.

Eine andere Teilnehmerin fragte nach Ideen, wie in Kursen kontroverse Themen behandelt werden können, wenn die Teilnehmenden zum Beispiel aus verfeindeten Ethnien stammen. Auch hier empfahl Dr. Fornoff im Sinne eines Vorlebens demokratischer Diskussionskultur, solche Themen sachlich aufzuarbeiten und unterschiedliche Perspektiven zuzulassen. Es gebe eine Tendenz in der Gesellschaft, sich in die eigenen Positionen „einzugraben“ und sich durch das Zurückziehen in Echokammern und Filterblasen kontroversen Diskussionen zu entziehen. Wichtig sei aber generell eine Empathie für verschiedene Sichtweisen – auch gegenüber Andersdenkenden, deren Ansichten man nicht teilt.

Vortrag: Welche kulturellen Unterschiede Flüchtlinge wahrnehmen– und wie sie damit umgehen. Ergebnisse einer quantitativen Erhebung. Referent: Dr. Timo Tonassi, Georgetown University

Was denken eigentlich Zugewanderte über kulturelle Unterschiede zwischen ihrem Herkunftsland und Deutschland und wie schwer fällt es ihnen, sich auf diese Unterschiede einzustellen? Diese Frage hat Dr. Timo Tonassi 369 Geflüchteten aus den Haupt-Herkunftsländern Syrien, Irak und Afghanistan gestellt. Das Ergebnis: Der Großteil gibt an, sich sehr leicht oder eher leicht auf diese Unterschiede einstellen zu können. Dr. Timo Tonassi ist Lehrbeauftragter beim Institut für das Studium der internationalen Migration (ISIM) an der Georgetown University/Washington DC. Beim Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) in Berlin forschte er zur politischen Integration von Migrantinnen und Migranten, zu öffentlichen Einstellungen zur Migration und zur EU-Politik der Migrationskontrolle.

Zwischen 2014 und 2018 hatten mehr als 1,8 Millionen Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Besonders die Jahre 2015 und 2016 gelten als Rekordjahre. 2019 erschien die Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration „Andere Länder, andere Sitten? Welche kulturellen Unterschiede Flüchtlinge wahrnehmen und wie sie damit umgehen“⁹. Die Forschungsgruppe Wahlen hatte bereits im November 2015 Umfrageergebnisse veröffentlicht, denen zufolge 88 Prozent der Befragten angaben, Ausländer, Integration und Flüchtlinge seien das wichtigste Thema in der Bundesrepublik. Nur sieben Prozent der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als das für sie wichtigste Thema – was in den Jahren zuvor das wichtigste Thema war.

Parallel zu den empirischen Befunden war auch die öffentliche, mediale Aufmerksamkeit bezüglich der Themen Migration und Integration in den Jahren 2010 und 2011 sowie schließlich in 2014 und 2015 in die Höhe geschnellt. Für die ersten Jahre lässt sich die Vermutung aufstellen, dass der Bedeutungszuwachs im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Buches „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin steht.

⁹ https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR-FB_Kulturelle_Unterschiede-8.pdf

Auch in den TV-Hauptnachrichten wurde 2015 und 2016 die meiste Sendezeit auf die Zuwanderung von Flüchtenden verwandt. Die Berichterstattung der Medien und die öffentliche Wahrnehmung beeinflussten und verstärkten sich dabei offenbar gegenseitig. Die auf das Thema Flucht verwandte Nachrichten-Sendezeit stieg messbar zwischen August und September 2015 von 533 auf 750 Minuten, also von 9 auf 12,5 Stunden. Inhaltlich ging es 2015/2016 zunächst vor allem um die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten sowie um das Bearbeiten der Asylanträge. Danach verlagerte sich die Berichterstattung stärker auf das Thema Integration.

In den ersten Jahren nach 2015 gelang die Integration offenbar gut, insbesondere die Integration in das schulische und berufliche Bildungssystem. Hier wurden enorme Leistungen vollbracht. So gingen von den zugewanderten sechs- bis zwölf Jahre alten Kindern in den Jahren 2013 bis 2016 insgesamt 95 Prozent zur Schule. Auch die berufliche Beschäftigungsquote bei den Zugewanderten aus den Haupt-Herkunftsländern Afghanistan, Irak und Syrien wuchs und lag im Oktober 2018 bereits bei 32,3 Prozent. Im internationalen Vergleich gilt besonders die schulische Integration von 95 Prozent als ein beeindruckend hoher Wert. Neben diesen strukturellen Integrationsaspekten stritt die deutsche Gesellschaft über die kulturelle Integration und Wertevermittlung. Dass die Teilhabe an Arbeit und Bildung wesentlich ist für eine gelungene Integration, ist in der Forschung inzwischen unumstritten. Denn soziale Kontakte und verbesserte Sprachkenntnisse sind als der Integration förderlich anerkannt. Umstrittener ist allerdings, ob auch Normen und Werte übernommen werden sollen, und inwieweit der Staat dies einfordern darf, kann oder sollte.

In einer Hinsicht erweist sich Deutschland im internationalen Vergleich als Nachzügler: Die empirisch völlig unkritische Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, sei erst spät anerkannt worden. Erst seit 20 Jahren versucht die staatliche Integrationspolitik, die Zuwanderung systematisch zu steuern und zu gestalten. Mit dem Zuwanderungsgesetz 2004 und dem nationalen Integrationsplan von 2007 wurden erstmals Grundlagen für eine bundesweit einheitliche Integrationspolitik gelegt. Die seit 2005 angebotenen Integrationskurse beruhten vor allem auf der Erkenntnis, dass fehlende Deutschkenntnisse den Zugang zum Arbeitsmarkt behindern. Damals wurde allerdings die Verpflichtung, Deutsch zu lernen, von manchen politischen Parteien noch als „Zwangs-Germanisierung“ kritisiert. In den Integrationskursen dominieren seither sprachliche Inhalte, was die sozioökonomische

Bedeutung untermauert. Oberstes Ziel war die Eingliederung der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt. Die Vermittlung von kulturellen Werten spielte sehr lange eine Nebenrolle. Aber es gab bereits kontroverse öffentlichkeitswirksame Diskussionen. Schon im Jahr 2000 forderte der heutige CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, Zuwandernde müssten die gewachsene deutsche Leitkultur anerkennen und sich anpassen. 2010 ging Sarrazin sogar so weit, mangelnde Sprachkenntnisse mit der Herkunft der Zuwandernden als genetisch bedingt erklären zu wollen. Die deutsche Kultur würde durch die Zuwanderung aus muslimischen Ländern verdummen und das Fortbestehen Deutschlands sei bedroht. Das Buch wurde mehr als 1,5 Millionen Mal verkauft. Die Thesen wurden Top-Thema in der deutschen Medienlandschaft.

Ab 2014 gewann die Diskussion erneut mehr Bedeutung. Kultur- und Integrationsfragen wurden fast automatisch zusammengedacht. Bereits früher hatte es Diskurse über kulturelle Fragen gegeben – doch 2014 begannen auch die Proteste der Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“), die öffentlichkeitswirksam und vehement gegen die islamische Kultur auf die Straße gingen. Kulturelle Werte waren in den Folgejahren 2015 und 2016 fast allgegenwärtig Gegenstand der Diskurse. Insbesondere die Ereignisse der Silvesternacht 2015 auf 2016 in Köln verstärkten dies, als es zu sexuellen Übergriffen auf Frauen kam und insbesondere junge Männer aus dem nordafrikanischen Raum unter Verdacht standen. Fortan rückte die Frage in den Mittelpunkt, ob die in Deutschland geltenden Werte mit den unterstellten Werten der Zuwanderer vereinbar seien. Wir und die anderen – verwandt wurden komplexe Begriffe mit unscharfen Bedeutungen als Gradmesser die „Leitkultur“, als der normative Inbegriff von deutschen Werten.

Ein weiteres Ringen um Leitkultur zeichnete sich bei den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017 ab. In den Auseinandersetzungen ging es hier aber besonders um die Einhaltung von Rechtsnormen. Einige Parteien beschränkten sich nicht auf einen solchen „Verfassungspatriotismus“. Die CDU/CSU und die AFD sprachen von Leitkultur als Grundlage des Zusammenlebens. Die AFD präsentierte ein starres Verständnis von Leitkultur, das auf Assimilation zielte. Integration galt hier als alleinige Aufgabe der Zuwanderer. Die Union hingegen stellte die Achtung des Grundgesetzes voran und bekannte sich gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Darüber hinaus lösten auch einzelne Politiker Debatten über die sogenannte Leitkultur aus. Prominentestes Beispiel sind

die zehn Thesen zur Leitkultur des ehemaligen Innenministers Thomas de Maiziere¹⁰, die auch ungeschriebene Regeln des Zusammenlebens enthielten und viel Kritik ernteten. Der damalige Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) warb im „Spiegel“ für einen reflektierten Umgang mit dem Konzept Leitkultur¹¹. Weiterhin appellierte der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD)¹² die kulturelle Identitätsfrage nicht arrogant abzuwehren. Und die frühere Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz (SPD)¹³, warf die Frage auf, ob es eine deutsche Kultur überhaupt gebe. Jeder Versuch, die Leitkultur inhaltlich zu fassen, lasse die Debatte notgedrungen ins „Lächerliche und Absurde gleiten“.

Kulturelle Integration

Werte sind mehr oder weniger bewusste Ideen und Vorstellungen darüber, was gut, wichtig, wertvoll und erstrebenswert ist. Sie dienen als Maßstab, um das eigene Handeln und das von anderen zu bewerten. Sie offenbaren sich im Verhalten, in Haltungen und Lebensstilen. Werte können ausdrücklich festgestellt werden und zu Verhaltens- und Rechtsnormen gemacht werden, um soziale und politische Verhaltensweisen gegenüber anderen positiv hervorzuheben. Solche Prozesse legen maßgeblich das Fundament für Kultur, das sich ständig wandeln kann. Die geläufige UNESCO-Definition lautet:

„Die Kultur kann in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Der Begriff schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.“¹⁴

Ähnlich schrieb der Soziologe Armin Nassehi, dass Kultur als eine Art Struktur verstanden werden kann, die alles gesellschaftliche Geschehen immer schon in eine Sinnform einbettet,

¹⁰ <https://www.rnd.de/politik/de-maizieres-zehn-thesen-zur-deutschen-leitkultur-ZJDM654QNX6WVIG45YP3QZ2F4A.html> ODER <https://www.stern.de/politik/deutschland/thomas-de-maizi%C3%A8re---wir-sind-nicht-burka---10-thesen-zur-leitkultur-7433550.html>

¹¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-sigmar-gabriel-regt-debatte-ueber-heimat-und-leitkultur-an-a-1183536.html>

¹² <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagspraesident-thierse-kulturnation-statt-leitkultur-a-110142.html>

¹³ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/aydan-oezoguz-alexander-gauland-deutsche-kultur-5vor8>

¹⁴ <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/kulturdefinition-unesco.html> (UNESCO-Kommission 1983, 121)

die Sprache und Normen ebenso erfasst wie Praktiken und Gewohnheiten. Entsprechend leben alle Menschen in einer oder mehreren Kulturen.

Das Verständnis von kultureller Integration kann sich auf die Übernahme von Rechtsnormen beziehen aber auch auf informelle Verhaltensnormen, also Begrüßungsrituale und Bekleidungsarten einschließen. Gerade die Debatte um die deutsche Leitkultur setzt sich intensiv auch mit nicht gesetzlich festgeschriebenen Verhaltensnormen auseinander. Dabei bleibt unklar, welche Werte und Normen gemeint sind - und wie verbindlich sie sich bestimmen oder formulieren lassen. Wichtig ist, dass Werte sich nicht nur zwischen Zuwandernden und Aufnahmegesellschaft unterscheiden. Auch die Aufnahmegesellschaft ist nicht in sich geschlossen. Trotzdem bleibt die Annahme im deutschen Integrationsdiskurs, dass die Werte der anderen zu stark abweichen und mit unseren unvereinbar sind, sodass „der gesellschaftliche Kitt bröckelt“.

Ein zentrales Problem besteht demnach darin, dass Teile der Gesellschaft und einige Politiker*innen sowie Parteien eine Anpassung an die deutsche Leitkultur fordern, ohne dies genau zu definieren. Die öffentlichen Diskurse zum vermeintlichen Wertekonflikt zwischen Flüchtenden und Aufnahmebevölkerung in den Medien, in der Wissenschaft und in politischen Diskussionen lassen dabei eine Perspektive meistens außen vor: Die der Geflüchteten selbst. Vor der quantitativen Erhebung 2019 wurden zwischen Juli 2017 und Januar 2018 insgesamt 369 Flüchtlinge in qualitativen Interviews telefonisch über Unterschiede in ihrem Herkunftsland und Deutschland befragt und wie sie mit diesen Unterschieden umgehen. Die Befragten waren 2014 und später überwiegend aus dem Irak, Afghanistan oder Syrien eingereist, hatten einen Antrag auf Asyl eingereicht oder planten dies. Die Stichprobe war nicht repräsentativ, spiegelte aber die häufigsten Herkunftsländer und war groß genug für verlässliche Auswertungen.

Gefragt wurde zu den folgenden Aspekten:

- Gesetzliche Gleichbehandlung, unabhängig von Herkunft, Religion oder Lebensweise,
- Der Umgang mit kulturellen und religiösen Minderheiten,
- Die Gleichberechtigung von Mann und Frau,
- der Umgang mit Homosexualität,
- die Bedeutung und Rolle der Familie und

- der Umgang mit älteren Menschen.

Erfragt wurde jeweils, wie die Menschen im Herkunftsland zu diesen Themen stehen, welchen Wert die Menschen in Deutschland diesen Aspekten beimessen und, welche Unterschiede die Befragten wahrnehmen und wie leicht oder schwer sie sich auf diese Unterschiede einstellen können. Unterschiede können positiv beurteilt werden, wenn sie zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Fluchtgrund stehen oder negativ, wenn sie im Widerspruch zu eigenen Haltungen stehen. Wichtig ist, dass es immer um Einschätzungen geht. Wenn ein Befragter angibt, sich nur sehr schwer auf einen Unterschied einstellen zu können, kann dies auch immer noch bedeuten, dass die Person es versucht und es vielleicht gelingt.

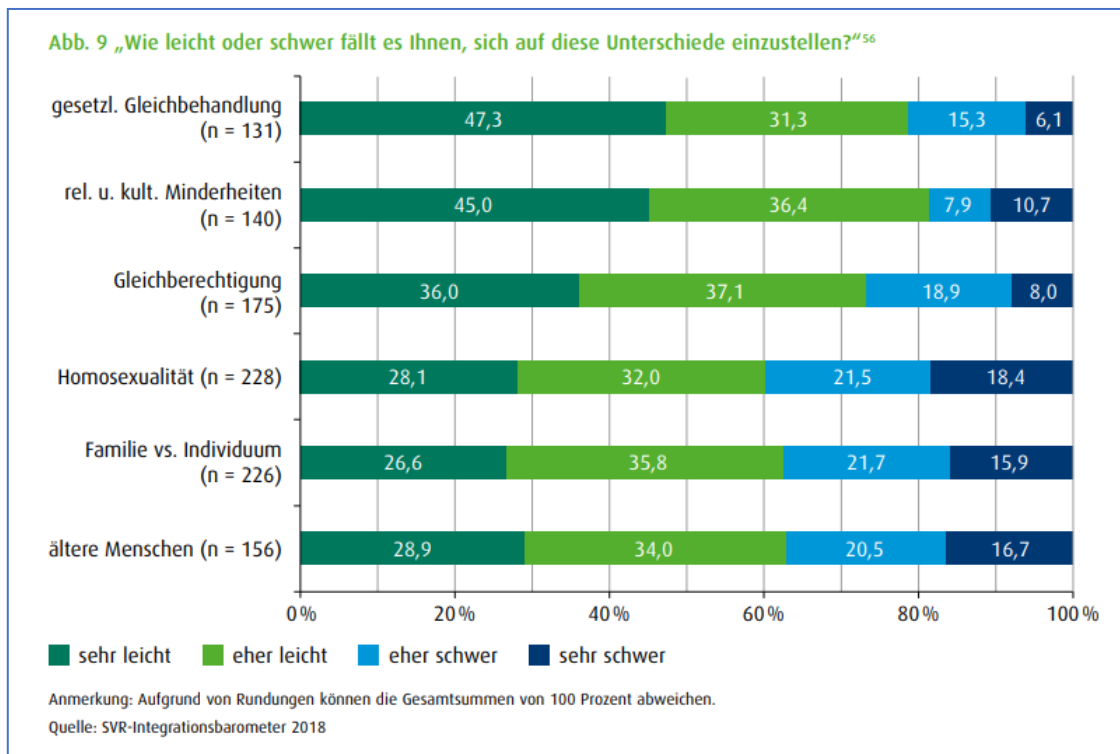
Die Ergebnisse:

Die gesetzliche Gleichbehandlung halten nach Einschätzung der Befragten 80 Prozent der Menschen in Deutschland für sehr wichtig, aber nur 57 Prozent in ihren Herkunftsländern. Hier liegt die Frage nah: Antwortet hier ein Mitglied einer kulturellen Minderheit, die im Herkunftsland unterdrückt wurde? Die Gleichberechtigung von Mann und Frau halten nach Einschätzung der Befragten 85 Prozent der Menschen in Deutschland für sehr wichtig, 49 Prozent der Menschen im Herkunftsland. Diejenigen, die Unterschiede wahrnehmen, gaben an, dass es ihnen leicht oder sehr leichtfällt, sich auf diese Unterschiede einzustellen. 67 Prozent der Befragten meinen, die Menschen in Deutschland kümmern sich mehr um sich selbst als um ihre Familie. Im Herkunftsland schreiben sie dies 35 Prozent der Menschen zu. In den Herkunftsländern spielt das Wohlergehen der erweiterten Familie eine große Rolle. 38 Prozent gaben an, es falle ihnen schwer mit diesem Unterschied umzugehen. Dass homosexuelle Menschen die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle sei Menschen in Deutschland eher oder sehr wichtig (88 Prozent), während dies in den Herkunftsländern drei von fünf Menschen gar nicht wichtig sei.

Ein mögliches Fazit:

Ein Teil der Befragten sieht eine Reihe von Unterschieden. Der Großteil gibt an, sich sehr leicht oder eher leicht auf diese Unterschiede einstellen zu können. ¹⁵

¹⁵ Aus: Andere Länder, andere Sitten? Welche kulturellen Unterschiede Flüchtlinge wahrnehmen – und wie sie damit umgehen, Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) und Robert Bosch Stiftung, Berlin, 2019



Das Bild von Deutschland ist überwiegend positiv. Die Ergebnisse bestätigen, dass die liberale, rechtsstaatliche Ordnung geschätzt wird und es gibt keine fehlende Bereitschaft oder Unfähigkeit, sich auf Unterschiede einzustellen. Dass sich Zugewanderte an bestehendes Recht halten müssen, ist unstrittig. Staatliche Angebote an Integrationskursen können nur eine Wissensbasis schaffen und ein Orientierungswissen über Gepflogenheiten bieten. Die Vermittlung von Werten ist aber klar begrenzt. Politische und mediale Diskurse nehmen zudem starken Einfluss auf die Erwartungshaltung der Bevölkerung. Gerade Massenmedien stellen eine gemeinsame Themen- und Wissensbasis bereit, sie schaffen politische Öffentlichkeit und vermitteln Informationen auch über Normen und Werte. Der mediale Zugang zu Informationen ist somit für die Teilhabe der gesamten Bevölkerung und im Integrationsprozess Zugewanderter von Bedeutung. Medien können im Idealfall auch Brücken sein zwischen unterschiedlichen Lebenswelten, so sie denn unterschiedlich sind. Dr. Tonassi merkte kritisch an, dass es wenig helfe, wenn Zuwanderer ein nicht normativ aggressiv aufgeladenes Integrationsprogramm durchlaufen – wenn sie gleichzeitig einen öffentlichen Diskurs erleben, der betont, dass sie deutsche Verhaltensnormen übernehmen müssen, die mit dem Zusammenleben in einer liberalen Demokratie wenig bis gar nichts zu tun haben. Besonders wenn bestimmten Gruppen grundsätzlich die Fähigkeit abgesprochen werde, vermeintlich

deutsche Werte überhaupt übernehmen zu können, könne dies das Gegenteil bewirken und ausgrenzend wirken.



Impressum

Herausgeber: Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V.

Bornstraße 66

44145 Dortmund

Kontakt:

Telefon: 0231-952096- 0 fokus@ibb-d.de

Projektwebsite: www.fokus-ibb.de, Trägerwebsite: www.ibb-d.de

Tagungsdokumentation im Projekt fokus^{plus}:

IBB- Textbeiträge, Transkriptionen, Lektorat und Gestaltung:

Hildegard Azimi-Boedecker (Projektleitung, Dipl. Sozialwissenschaftlerin)

Gamze Kelleci (Projektreferentin, Politikwissenschaftlerin M.A.)

Mechthild vom Büchel (Presse- und Öffentlichkeitsreferentin, Redakteurin)

Tagungsorganisation und Moderation:

Hildegard Azimi- Boedecker, Kirsten Ben Haddou, Gamze Kelleci

Öffentlichkeitsarbeit: Medienbüro vom Büchel Dortmund

V.i.S.d.P.:

IBB e.V. Dortmund

©IBB e.V. 2024 Vervielfältigung und öffentliche Nutzung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des IBB e.V. und/ oder der Referent*innen

